



# Trinkt euren Wein allein

Wie man mit Handelsschranken und Rohstoffpreisen andere Länder beeinflussen kann, sieht man auch an der russischen Politik

Text: Arne Semsrott

Castro hat bereits 2009 eingeräumt, dass allein die Kubaner für Engpässe bei der landwirtschaftlichen Produktion verantwortlich seien und nicht alles am US-Handelsembargo liege.

Währenddessen setzt die Obama-Administration ihren Annäherungskurs unterhalb der Embargo-Schwelle fort. Im November hat Barack Obama erneut ein „Update“ der US-Kuba-Politik angemahnt, die „kreativ“ sein müsse, um zeitgemäß zu bleiben. Und US-Außenminister John Kerry nannte die Amerikaner, die Kuba zum „humanitären Austausch“ besuchen, „die besten Botschafter unserer Ideale, Werte und unseres Glaubens“.

Dass das Embargo weiter „durchlöchert“ werde, glaubt auch Günther Maihold von der Stiftung Wissenschaft und Politik, einem Berliner Think Tank. Und Bert Hoffmann vom GIGA-Institut spricht von einer Politik des „Wandels durch Annäherung“. Laut Hoffmann könnte als Nächstes das Reiseverbot für US-amerikanische Touristen fallen. Und sollten in kubanischen Gewässern doch noch

## Werden Kuba und die USA in Zukunft gemeinsam Öl aus der Tiefe des Meeres fördern?

größere Ölmengen gefunden werden, könnte der Druck der US-Öllobby auch für diese Branche Ausnahmen möglich machen.

Floridas Ex-Gouverneur Bob Graham verlangte nach einem Besuch in Havanna im Januar eine Zusammenarbeit bei der Ölförderung – schon aus Umweltschutzgründen. Denn die Förderung der tief im Meeresboden vermuteten Ölreserven Kubas ist gefährlich. Um einer Umweltkatastrophe vorzubeugen, forderte Graham, dass auch erfahrene US-Unternehmen an der Exploration beteiligt werden sollten.

Und die Oldtimer? Die könnten irgendwann verschwinden. Zum ersten Mal erlaubt das Castro-Regime den Verkauf neuer Wagen. In einem Autohaus in Havanna steht zum Beispiel ein nagelneuer Peugeot – für das Zehnfache von dem, was er in Deutschland kostet: rund 190.000 Euro. Die Regierung hofft, dass ein spendabler Exilkubaner seinen armen Verwandten in der Heimat den Wunsch erfüllt und so eine Menge Devisen ins Land kommen. ←

→ Auf einmal stapelten sich die Schokoladen-Kartons an der ukrainisch-russischen Grenze meterhoch. Eigentlich sollten sie mit Lastwagen gen Osten exportiert werden, aber da machten die russischen Zöllner nicht mit. Denn ihre Verbraucherschutzbehörde hatte ein paar Tage zuvor im Juli 2013 verfügt, dass die Pralinen der ukrainischen Firma Roshen nicht mehr ins Land eingeführt werden dürfen - wegen angeblich enthaltener krebserregender Stoffe.

Russland ist eine Wirtschaftsmacht und setzt diese Stärke gern mal ein, um seine Nachbarn politisch gefügig zu halten. Der moldawische Wein, bedeutendes Exportgut der armen südosteuropäischen Republik, durfte 2006 plötzlich wegen Verunreinigung nicht mehr nach Russland geliefert werden. Die Ukraine traf es noch härter, selbst Gemüse und Porzellan standen letztes Jahr auf der Verbotsliste. Und Armenien musste eine Erhöhung des Gaspreises verschmerzen, als es erwog, ein Assoziierungsabkommen mit der EU zu unterzeichnen.

Überhaupt: das Gas. Russland sitzt auf einem Viertel der weltweiten Erdgasreserven, viele seiner Nachbarn und auch die EU sind darauf angewiesen. Dementsprechend hat Russlands Präsident Wladimir Putin auch ein großes Faustpfand. Russland hat zum Beispiel die Gaspreise erhöht und baut gleichzeitig eine Gas-Pipeline, die aus Russland über die Ostsee direkt nach Deutschland führt und nicht mehr auf die Ukraine als Durchgangsstaat angewiesen ist.

Die EU strebt zwar im Rahmen der „Östlichen Partnerschaft“ eine enge Kooperation mit Weißrussland, der Ukraine, Moldawien, Georgien, Aserbaidschan und Armenien an. Gleichzeitig sind die Länder aber von der Gnade des russischen Präsidenten Putin abhängig. So kommt ein Drittel aller Importe der Ukraine aus Russland, in Aserbaidschan sind es 13 Prozent, in Armenien 25 Prozent. Noch krasser ist aber die Abhängigkeit Weißrusslands von seinem großen Nachbarn, mit dem es sich ebenfalls regelmäßig um Gaspreise streitet: Mehr als die Hälfte seiner Importe kommen aus Russland. Nächstgrößter Handelspartner ist Deutschland - mit 5,9 Prozent. Weißrusslands Präsident Alexander Lukaschenko, oft als „letzter Diktator Europas“ bezeichnet, ist außerdem in Europa politisch isoliert. Als Putin neben Kasachstan 2007 auch Weißrussland eine Zollunion vorschlug, sagte Lukaschenko deswegen schnell zu. Mit seinen Nachbarn soll man es sich schließlich nicht verscherzen. ←